



MdL Jochen Ott Bilanz

Wahlkreisbrief 7, Oktober 2011

**NRW
SPD**

Leistungsbilanz

- Wir halten was wir versprechen
- PORZ kommt wieder
- Hin zur Beitragsfreiheit für Kitas
- A3-Lärmschutz kommt
- Bald 200 neue Arbeitsplätze bei UPS am Airport
- 9. Ädäppelsdag
- Neue Pläne zur Ortsumgehungsstraße L 274n
- 1 Jahr rot-grün NRW: „Es geht voran!“
- Inklusive Bildung in NRW: Anerkennung statt Abwertung!
- Tourkalender 2011
- **„Die Renner“:**

**Nachtbesichtigung
Flughafen und
Landtagsfahrt nach
Düsseldorf**

SPD-Bürgerbüro Porz
Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Telefon 02203-951359
Telefax 02203-51044

Wahlkreisbüro MdL

Jochen Ott

Marion Tillmann
Redaktion, Presse
und Internet
Karl-Heinz Tillmann

Herausgeber: Jochen Ott, Mitglied des NRW-Landtages, Redaktion: SPD-Bürgerbüro Porz MdL Jochen Ott, V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Tillmann, J. Ott-Team 2011, Fotos K.-H. Tillmann. Mit weiterführenden links zu allen Beiträgen im Internet unter www.jochen-ott.de

„Wir halten was wir versprechen!“

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde und Unterstützer/innen,

vielen Dank für die Lektüre einer NRW-Landtags- und Wahlkreisbilanz, die sich – darauf bin ich sehr stolz –

richtig sehen lassen kann. Allen „Unkenrufen“ der gescheiterten Vorgängerregierung von CDU und FDP zum Trotz hat sich die rot-grüne Minderheitsregierung in NRW als stabil und äußerst handlungs-

fähig erwiesen. Von „leeren Verprechungen“ war die Rede, und jetzt zeigt sich sogar die FDP im Landtag gesprächs- und kooperationsbereit. Und auch sonst **haben wir viel bewegt im Land ...**

PORZ kommt wieder: Investor soll Tiefgarage sanieren

Rechtzeitig zur **60-Jahr-Feier der Verleihung der Stadtrechte an Porz** konnte Bezirksbürgermeister **Willi Stadoll** Neuigkeiten zum Stand der Entwicklung im Porzer Zentrum verkünden.

Seit langem warten die Bürgerinnen und Bürger auf Fortschritte, insbesondere was die Zukunft des **Hertie- und Tiefgaragenkomplexes in der Porzer Innenstadt** angeht.

Nach monatelangem Ringen um eine auch rechtlich tragbare Lösung zur Wiederbelebung der City hatte Kölns OB **Jürgen Roters** das Thema zur „**Chiefsache**“ gemacht. Seitdem steht Roters in engem Kontakt zum Porzer Bürgermeister, der nach einem Bericht des Kölner Stadtanzeigers nun auf positive Signale hoffen kann.

Dazu MdL **Jochen Ott**: „Von Anfang an war klar, dass ein Investor für das Hertie-Gebäude nur ge-

funden werden kann, wenn die **Sanierungsfrage der Tiefgarage** geklärt ist.

Da ein Verkauf der städtischen Garage zu einem Symbolpreis von 1 Euro aus rechtlichen Gründen ausschied, mussten Alternativen untersucht werden, die für beide Seiten am Verhandlungstisch nicht nur rechtlich vertretbar sind.“

Bei der Vermarktung der städtischen Tiefgarage unterhalb des ehemaligen Hertie-Hochhauses in der Porzer Innenstadt ist ein weiterer Fortschritt erreicht worden: Zielvorstellung bei der Vermarktung der Tiefgarage ist, diese an den zukünftigen Eigentümer des leerstehenden Kaufhauses zu übertragen, um diesem den notwendigen Stellplatznachweis zu ermöglichen.

Jürgen Roters hatte sich persönlich für diese Lösung stark gemacht, um

mit dem Verkauf die Porzer Mitte endlich wieder neu zu beleben.

Mit einem Gestattungsvertrag wird es dem Erwerber möglich, die marode Tiefgarage zu übernehmen und mit deren Sanierung zu beginnen. Die Parkgarage geht dann in das Eigentum des Investors über, Grund und Boden gehörten weiter der Stadt Köln.

Ein Vertragswerk, das beiden Seiten klare Vorteile bringt, bei dem ein zeitaufwändiges, europaweites Ausschreibungsverfahren **nicht** notwendig ist.

Jochen Ott: „Damit hat die Stadt den Weg freigemacht, dem nun die Investoren am Verhandlungstisch folgen müssen. Es gilt, endlich Flagge zu zeigen und mit rechtsverbindlicher Unterzeichnung der Notarverträge **Porzity endlich wieder zu beleben!**“

Hin zur Beitragsfreiheit für Kita-Plätze

"Als erste Großstadt in NRW wird Köln neben dem letzten nun auch das vorletzte Kindergartenjahr beitragsfrei stellen", freut sich Landtagsabgeordneter **Jochen Ott**. Dabei sollen Kompensationszahlungen des Landes für die Freistellung im letzten Kindergartenjahr unmittelbar an die Eltern weitergegeben werden.

Die kommunalen Spitzenverbände gehen fiktiv davon aus, dass die Eltern bislang für 19 Prozent der Kindergartenkosten aufkommen. Diesen Prozentsatz erstattet das Land den Kommunen für das jetzt beitragsfrei gestellte letzte Kindergartenjahr. In Köln entspricht dies 13,3 Millionen Euro. Landesweit zahlen Eltern im Schnitt nur 14 Prozent der Kosten. In Köln werden ihnen sogar nur elf Prozent der Kosten abverlangt.

"Der Überschuss durch die Zahlungen des Landes soll nicht zur allgemeinen Deckung im städtischen Haushalt verwendet werden, sondern unmittelbar zur Kita-Beitragssenkung den Eltern zugute kommen", so MdL Jochen Ott auf Nachfrage. Mindestens acht Monate des vorletzten Kindergartenjahres, wenn möglich das ganze Jahr soll beitragsfrei gestellt werden", konkretisierte Ratsfraktionsvorsitzender und Land-

tagsabgeordneter **Martin Börschel** die Pläne:

"Dies ist mit der Stadtspitze in Köln vereinbart. Von 8100 Kindern in Köln sind aktuell wegen geringen Einkommens der Eltern bereits 3200 komplett vom Beitrag befreit." Die Stadtverwaltungen in Bonn und Leverkusen haben ihre Satzungen bereits geändert und das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei gestellt. Auch Geschwisterkinder bleiben beitragsfrei. Dem Vorstoß Kölns will man aber nicht folgen. Die Finanznot der Städte und der Gemeinden ist groß - so groß, dass einige Kommunen nicht davor zurückschrecken, Eltern zu belasten:

Vergünstigungen, die die Landesregierung ihnen durch die Beitragsbefreiung für das letzte Kindergartenjahr zukommen lassen will, drohen zweckentfremdet zu werden. Quer durch alle Parteien versuchen viele Kämmerer, die Beitragsfreistellung von Geschwisterkindern faktisch auszuhebeln."

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat bereits dem einen oder anderen Kommunalpolitiker mit SPD-Parteibuch telefonisch die Leviten gelesen. Vorschreiben kann sie den Kommunen allerdings nicht, wie diese ihre Satzungen formulieren. Der Regie-

scheffin bleibt so nur die Überzeugungskraft, wenn sie ihr Versprechen einlösen will, finanzielle Barrieren in der frühkindlichen Bildung abzubauen. „**Was selbstverständlich sein sollte, wird in der größten Stadt Nordrhein-Westfalens vorbildlich praktiziert**“, kommentierte der Kölner Stadtanzeiger.

Der finanzielle Ausgleich des Landes für die Beitragsfreistellung im letzten Kindergartenjahr soll in Köln komplett an die Eltern weitergegeben werden.

Und da das Land großzügige Entschädigungszahlungen leistet, kann **womöglich sogar ein weiteres beitragsfreies Jahr** angeboten werden.

„Das Geld darf nicht zum Stopfen der Löcher in den städtischen Kassen verwendet werden. Und wenn schon keine vollständige Gebührenbefreiung für ein weiteres Jahr möglich ist, muss zu-mindest über eine drastische Reduzierung der Beiträge nachgedacht werden ...“, so MdL Jochen Ott.

Je nach Elterneinkommen liegt die Einsparung bei einem Kindergartenkind zwischen 80 bis 250 Euro mtl. bzw. ca. 1.000 bis zu 3.000 Euro jährlich für das 2. Kita-Jahr.



„Wir müssen mehr für Kinder tun!“

A3-Lärmschutz kommt

Aufhebung des Tempolimits:

Lärm aus Rath/Heumar heraushalten
Kölner Wochenspiegel berichtet:
Rath/Heumar (kg). Etwa zweieinhalb Kilometer ist das Teilstück zwischen dem Heumarer Dreieck und der Anschlussstelle Königsforst lang. Autofahrer, die aus Richtung Leverkusen oder von der Rodenkirchener Autobahnbrücke kommen, fahren zuvor innerhalb von Tempobeschränkungen

Passieren sie das Ende des

„Da geben viele Leute Gas. Das Schild hat Aufforderungscharakter ...“

Anmeldung

zur Nachtbesichtigung im Logistikzentrum Flughafen oder zum Landtagsbesuch in Düsseldorf mit Jochen Ott

Seit meinem Antritt als Landtagsmitarbeiterin von Jochen Ott vor anderthalb Jahren habe ich fast 300 Gäste auf einer Landtagsfahrt nach Düsseldorf mit Plenumsbesuch begleitet. Waren es im ersten Jahr nach Jochens Direktwahl

Heumarer Dreiecks in Richtung Frankfurt, steht dort ein Schild mit fünf Querbalken auf weißem Grund: "Ende sämtlicher Streckenverbote" bedeutet es. Ein Aufatmen für Fahrer, ein Verdruss für Anwohner. "Da geben viele Leute Gas. Das Schild hat Aufforderungscharakter", sagt Martin Mehlem, Anwohner in Rath/Heumar. Mit Stefan Pregel, ebenfalls ein A3-Anwohner, sammelte er Anfang 2009 einige hundert Unterschriften gegen den Lärm der Autobahn auf diesem Teilstück. Wie den beiden Anwohnern geht es Bürgern im Ort um die Aufhebung der Tempofreigabe, um die Reduzierung des Lärms, der auf dem Asphalt entsteht.

Anwohner Pregel hatte in diesem Jahr zu einem Treffen mit Jochen Ott beigetragen. Der SPD-Politiker ist NRW-Landtagsabgeordneter

und verkehrspolitischer Sprecher der NRW-Landtagsfraktion. Zum Ortstermin Mitte Juli traf er sich mit mehreren Bürgern am Rather Schulweg. Ott wandte sich danach an Verkehrsminister Harry Voigtsberger. In einem Schreiben bat er um Prüfung, "ob die Beschilderung zur Aufhebung der Geschwindigkeitsbeschränkung bis hinter die Ausfahrt Königsforst verschoben werden kann". Damit will Ott die Lärmbelastung durch schnell fahrende Fahrzeuge aus dem Ort heraushalten. Verkehrsminister Voigtsberger antwortete, die Bezirksregierung solle hier als zuständige Behörde tätig werden, um dem Antrag des Landtagsabgeordneten entsprechen zu können. Karl-Heinz Tillmann, Sprecher des Wahlkreisbüros von Jochen Ott, teilte nun mit, dass in dem besagten Streckenabschnitt der A3

auch der Lärmschutz verändert werden soll: "Hier geht es um Flüsterasphalt und verbesserte Lärmschutzwände". Tillmann kündigte an:

"Auf einer Bürgerversammlung wird es um den baulichen Lärmschutz gehen. Die Bürger sollen dann, neben Vertretern des Ministeriums und Mdl Jochen Ott auch mit den politischen Vertretern Rath/Heumars sprechen können."

Jochen Ott: „Nach Gesprächen mit dem Ministerium und dem Straßenbetrieb NRW wird die Bürgerversammlung Anfang 2012 stattfinden.“ Bis 2013 ist mit Beginn des baulichen Lärmschutzes zu rechnen.



„Nachtbesichtigungen und Landtagsfahrten sind echt gefragte Renner“, weiß Marion Tillmann, Jochen Otts Wahlkreisbüroleiterin im Porzer SPD-Bürgerbüro. Anmeldung im Bürgerbüro!

anschließende Gesprächsrunde bietet Raum für die Erörterung aktueller wahlkreispolitischer Themen und Fragestellungen.

Und das ist schon eine Reise in die Landeshauptstadt Düsseldorf wert ...

„Bald 200 neue Arbeitsplätze bei UPS am Airport“



Gemeinsam für Porz: Willi Stadoll, Martin Dörmann, Volkmar Schultz, Friedhelm Lenz, Jochen Ott

„Ein Erfolg für die Region und den Wirtschaftsstandort.“

Der internationale Logistik-Spezialist **UPS** stärkt mit einer Großinvestition seinen Standort am Airport Köln Bonn. Rund 200 Millionen US-Dollar sollen bis Ende 2013 in den Ausbau des Kölner UPS-Drehkreuzes fließen. Mit MdL **Jochen Ott** freut sich Kölns Oberbürgermeister **Jürgen Roters** über die neuen Arbeitsplätze für Köln:

„200 neue Mitarbeiter will UPS allein bis Ende 2013 einstellen, und mit zunehmender Auslastung der entstehenden Sortierkapazitäten wird die Belegschaft zusätzlich

wachsen. Der Flughafen erweist sich auch dank der bestehenden Nachtflugregelung einmal mehr als echter JobMotor für die Region.“

Dazu **Jochen Ott**: „Es ist ein **Erfolg für die Region und den Wirtschaftsstandort**, denn mit rund 200 Millionen US-Dollar stellt UPS den eigenen Rekord bei Investitionen außerhalb der USA in den Schatten, den bis jetzt das 130 Millionen US-Dollar schwere Drehkreuz Köln gehalten hat. Dass Köln sich zum zweiten Mal die Pole-Position bei den Auslandsinvestitionen von UPS sichern kann, spricht

für die ausgezeichneten Standortqualitäten des Logistikzentrums Köln.“

Dank der neuen Investition setzt das Unternehmen seinen Wachstumskurs in Köln fort. Vor 25 Jahren hat **UPS** mit rund 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Flughafen Köln Bonn sein europäisches Luft-Drehkreuz eröffnet. Heute ist das Unternehmen nach den Firmenangaben mit 2.300 Beschäftigten der **größte Arbeitgeber** am Flughafen Köln Bonn.

9. Porzer Ädäppelsdag

Was in wochenlanger Kleinarbeit vom SPD-Ortsverein Porz-Mitte mit Unterstützung vieler Genossinnen und Genossen aus dem SPD-Stadtbezirk auf die Beine gestellt wurde, zog die Besucher zu Hunderten an die Zündorfer Groov:

MdL **Jochen Ott** eröffnete in seiner Eigenschaft als **Schirmherr** der Veranstaltung bei abwechselnd bedecktem und strahlendem Himmel den **9. Porzer Ädäppelsdag 2011**.

"Ich freue mich, dass Sie trotz wechselhaftem Wetter so zahlreich zu uns gekommen sind und eröffne hiermit den **9. Porzer Ädäppelsdag**, bei dem ich uns allen gute Unterhaltung, reichlich Appetit auf leckere "Rievkooche" und viele persönliche Kontakte und Gespräche wünsche ...!".



Auch beim Reibekuchen-Braten alles im Griff: Anette Gebbert (links) hilft Jochen Ott beim „Wenden“

Neue Pläne zur Ortsumgehung L 274n

Der Landtagsabgeordnete und verkehrspolitische Sprecher der NRW-Landtagsfraktion **Jochen Ott** hatte zum Lokaltermin in Sachen **Ortsumgehungsstraße L 274n** Libur/Wahn/Niederkassel zum Treffpunkt am Porta-Kreisel in Porz-Lind eingeladen, um den aktuellen Planungsstand darzustellen. Gemeinsam mit dem Parlamentarischen Staatssekretär **Horst Becker** vom Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen erläuterte Ott den Vertretern der **Bürgervereine Libur und Wahn, Wahnheide, Lind** sowie der örtlichen Politik nebst Mandatsträgern von **SPD und CDU** die Ergebnisse der Umweltverträglichkeits-Studie. Diese kommt zu dem Schluss, dass die Trassenführung durch die Spicher Seen wegen der Durchschneidung schützenswerter Gebiete und Artenvorkommen im Bereich der Kiesgebiete nicht gerichtsfest zu realisieren ist. Zwar stelle diese in Verlängerung der Niederkasseler Umgehungsstraße die Wunschoption aller Beteiligten dar, allerdings kann die Straße nach Lage der Dinge nur unter Inkaufnahme langwieriger Prozesse erst in einigen Jahrzehnten fertig gestellt werden. Vor diesem Hintergrund empfahlen **Ott und Becker** eine **Planungsvariante 2**

genauer zu betrachten und weiter zu verfolgen:

Diese Variante würde in der Verlängerung der Liburer Landstraße ab der Liburer Straße als relativ gerade Trasse bis an den Porta-Kreisverkehr in Porz-Lind geführt. Alternativ wäre auch eine 2b-Variante denkbar, die durch den Margaretentunnel zur Kreuzung Viehtrift/Linder Kreuz führt.

„Damit wollen wir nicht nur Bewegung in eine festgefahrene Situation bringen, sondern auch endlich Fortschritte hin zur Realisierung einer umwelt- und menschenverträglichen Verkehrsführung erzielen“, so SPD-Landtagsmitglied **Jochen Ott**.

Denn die rasche Realisierung der Umgehungsstraße würde nicht nur für den Stadtteil Wahn und den Kreuzungsbereich Frankfurter Str. / St.-Sebastianus-Straße / Heidestraße eine erhebliche Verkehrsentlastung bedeuten: „In Abstimmung mit dem Amt für Straßen und Verkehrstechnik wäre vielmehr auch eine zusätzliche kommunale Straße denkbar, die den Zündorfer Süden mit der neuen Umgehungsstraße verbinden und somit auch die Verkehrssituation in Zündorf und Langel erheblich entlasten würde“, wusste **Jochen Ott** weiter zu berichten.

Bis zuletzt skeptisch zeigte sich der Liburer Bürgervereinsvorsitzende **Thomas Bleffert**, der für Libur keine Vorteile erkannte: „Wenn weiter alles an Libur vorbeifährt, ziehen wir wohl als einzige den Kürzeren“.

Deshalb forderte der Porzer SPD-Fraktionsvorsitzende **Christian Joisten**, dass auch die berechtigten Interessen der Liburer Bevölkerung bei der weiteren Planung ausreichend berücksichtigt werden:

„Im schlechtesten Fall müssen zumindest Lärmschutzmaßnahmen entlang der Strecke für möglichst geringe Beeinträchtigungen der Anwohner sorgen“, erklärte **Joisten** im Lokaltermin.

Im Herbst will man sich erneut zum Thema treffen, um die weiteren gemeinsamen Schritte zu vereinbaren. Bis dahin wollen Bezirksbürgermeister **Willi Stadoll** und SPD-Fraktionschef **Joisten** einen Informationstermin in der Bezirksvertretung Porz mit dem Leiter des städtischen Amtes für Straßen und Verkehrstechnik **Klaus Harzendorf** durchführen, um die verkehrlichen Anbindungsalternativen zu erörtern.



„Hier könnte die Entlastungsstrecke entstehen“: Stadoll, Becker und Ott in Lind

„Wir wollen endlich Fortschritte hin zur Realisierung einer umwelt- und menschenverträglichen Verkehrsführung“.

„Anerkennung statt Abwertung“



Inklusive Bildung in NRW

Mit der **aktuellen Behindertenrechtskonvention der UN** geht NRW wieder einen Schritt weiter zu einem inklusiven Bildungssystem.

Inklusion geht dabei über das Leitbild der Integration hinaus. Es geht nicht nur darum, Raum für Menschen mit Behinderungen in den aktuellen Strukturen zu schaffen, sondern die Strukturen von vornherein auf vielfältige Lebensrealitäten auszurichten. Der Gemeinsame Unterricht ist ein Beispiel inklusiver Schulbildung. Die UN Behindertenrechtskonvention legt das Augenmerk auf ein inklusives System von der Krippe bis zum lebenslangen Lernen.

Die **Umsetzung der UN Konvention in NRW** basiert auf einem gemeinsamen Beschluss des NRW-Landtags im Dezember 2011: „UN-Konvention zur Inklusion in der Schule umsetzen“. Damit ist die Erarbeitung eines Inklusionsplan für das Schulwesen nun selbstgesetzte Pflicht und wird Bestandteil des Aktionsplans des Landes NRW sowie der Schulentwicklungsplanung werden. Dieser wird zurzeit von einer Projektgruppe Inklusion beim Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW bis Ende 2011 erarbeitet.

Zudem werden die Gespräche im **Gesprächskreis „Inklusion“** unter Beteiligung von Organisationen und Verbänden behinderter Menschen auf

Landesebene, der Landschaftsverbände, den kommunalen Spitzenverbänden und sonstigen Akteure der Vorgängerregierung fortgeführt. Im Nachtragshaushalt 2011 sind zusätzlich 188 Stellen für den Mehrbedarf an integrativen Lerngruppen vorgesehen.

Jochen Ott: „Unser Ziel ist und kann nur sein, Partizipation von Menschen mit Behinderungen zu erleichtern und Diskriminierung und Ausschluss zu verhindern.“

Der nächste **„Runde Tisch Schule“** am 28.11.2011 in der GGS Schmittgasse Porz-Zündorf wird schwerpunktmäßig das Thema **Inklusion** behandeln.



NRW-SPD: „Gut für unser Land!“

Ein Jahr rot-grün in NRW: „Es geht voran!“

Jochen Ott: „Auch das haben wir erreicht“:

Weniger für neue Länder – Entlastung für NRW

Die jährlichen Ergänzungszuweisungen für Ostdeutschland sinken für die Jahre 2011 bis 2013 von einer Milliarde auf rund 807 Millionen Euro pro Jahr. Die Finanzministerkonferenz teilte die Einschätzung aus NRW, dass 20 Jahre nach der Wiedervereinigung die Gelder nicht mehr nach Himmelsrichtungen, sondern nach Bedürftigkeit zur Verfügung gestellt werden müssen.

Die Städte und Gemeinden in NRW werden dadurch um etwa 130 Millionen Euro entlastet. Nun müssen Bundesregierung und Bundestag dem Vorschlag der Finanzminister noch zustimmen und so die finanzielle Entlastung der Kommunen in NRW ermöglichen.

Gehaltsbremse für Banker

Mit einer NRW-Bundesratsinitiative sollen überhöhte Managergehälter bei staatlich gestützten Banken gestoppt werden. Die rot-grüne Landesregierung will dafür sorgen, dass in staatlich gestützten Geldinstituten die Gehaltsgrenze von 500.000 Euro für alle Banker gilt. Bisher ist eine Verdienstbremse nur für Vorstandsmitglieder in den Kreditinstituten vorgeschrieben, die wegen der Finanzkrise vom

staatlichen Rettungsfonds SoFFin Hilfen erhalten haben. Zuvor hatten die SPD-geführten Länder auf Initiative von NRW bereits einen Vorstoß im Finanzausschuss des Bundesrats unternommen. Dort hatten sie gefordert, "verfassungsfeste gesetzliche Regelungen vorzusehen, welche die umfassende Durchsetzung von Vergütungsobergrenzen ermöglichen". Der Antrag war jedoch an den Gegenstimmen der CDU-geführten Länder gescheitert.

50 Millionen Euro gegen den Fachkräftemangel

Im Jahr 2020 droht in Nordrhein-Westfalen ein Fachkräftemangel von bis zu 630 000 qualifizierten Personen. Schon jetzt ist der Fachkräftemangel in der Pflege, in der Informationstechnik oder in der Metall- und Elektrobranche spürbar.

Um dieser Entwicklung entgegen zu steuern, stellt das Land für eine Initiative zur Fachkräftesicherung 50 Mio. Euro bereit. Basis dieser Maßnahmen soll eine Bestandsaufnahme sein, die von der Arbeitsagentur gemeinsam mit Wirtschaftsverbänden und Sozialträgern erstellt wird. Zentrale Ziele sind eine sinkende Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss sowie die Reduktion der Ausbildungs- und Studienabbrecher. Mit 25 und 30

Prozent liegen deren Anteile viel zu hoch. Zudem muss die Erwerbsquote von Frauen, z.B. nach einer Familienphase, intensiver gefördert werden.

Mehr Lohn für Wachtmeister

Justizwachtmeisterinnen und -wachtmeister werden besser besoldet. Damit trägt das Land den im Laufe der Jahre stetig gestiegenen Anforderungen an die Beamtinnen und Beamten Rechnung. Die Justizwachtmeisterinnen und -wachtmeister haben verantwortungsvolle hoheitliche Aufgaben zu erfüllen.

Deshalb wurde das Eingangssamt der Laufbahn des Justizwachtmeisterdienstes von der Besoldungsgruppe A 3 auf A 4 angehoben, die Stellen der Leiter großer Wachtmeistereien von Behörden und Gerichten (mit 20 und mehr Stellen) von Besoldungsgruppe A 6 - derzeitiges Spitzenamt - auf A 7. Dies ist ein wichtiges Zeichen für eine besondere Anerkennung und Wertschätzung dieser Berufsgruppe.

Sofortprogramm zur Städtebauförderung

Angesichts der deutlichen Kürzung der Städtebaufördermittel des Bundes für das Jahr 2011 wurde das Land umgehend aktiv. In einem Sofortprogramm stellte NRW noch in 2010

weitere knapp 40 Millionen Euro Städtebaufördermittel zur Verfügung. Damit konnten 51 Städte und Gemeinden noch im vergangenen Jahr 66 Vorhaben beginnen oder fortsetzen.

Bei den Haushaltsberatungen für 2011 haben SPD und Grüne vereinbart, dass das Land seine Fördermittel um neun Millionen Euro erhöht, um die wegfallenden Finanzierungsanteile des Bundes zu kompensieren. Unter den gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen des Landes war das ein besonderer Kraftakt.

Mehr Geld für Radwege und Straßenreparaturen

Die 12.700 km Landesstraßen haben unter zwei langen und schweren Wintern gelitten. Der Straßenzustand macht deutlich, dass die Entscheidung der Koalitionspartner richtig war, dem Straßenerhalt Vorrang vor dem Neubau zu geben.

Für das Jahr 2011 wurde daher der Haushaltsansatz für die Erhaltung von Landesstraßen auf 78,5 Millionen Euro erhöht. Die Radwege an den NRW-Landesstraßen werden im Jahr 2011 mit zwölf Millionen Euro gefördert. Mit der deutlichen Erhöhung des Ansatzes werden die Modellprojekte "Bürgerradwege" und "Alleenradwege" auf stillgelegten Bahntrassen verstärkt fortgesetzt.

Mehr Geld für Stadtentwicklung

Mit insgesamt 255 Millionen Euro für landesweit 169 Maßnahmen gibt das Land

Nordrhein-Westfalen im Jahr 2011 zwei Millionen Euro mehr für integrierte Stadtentwicklung und -erneuerung aus als im Vorjahr.

Die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen wie Migration, demografischer und Klimawandel erfordern mehr denn je aktives Handeln vor Ort. Nur gemeinsam mit den Städten, Kreisen und Gemeinden lassen sich die anspruchsvollen Ziele zur Minderung von Energie- und Flächenverbrauch erreichen. Dabei stoßen die Zuschüsse ein Mehrfaches an privaten Investitionen in die kommunale Infrastruktur an.

Mehr Steuerprüfer

Im Haushalt 2011 sind 200 zusätzliche Betriebsprüferstellen enthalten. Intensivere Steuerprüfung bei Firmen sorgt für mehr Steuergerechtigkeit. Mit zusätzlichen Betriebsprüfern verbessert das Land NRW nicht nur die Einnahmen, sondern sorgt auch für eine gerechtere Lastenverteilung der Firmen.

Mit den Mehreinnahmen in diesem Bereich kann das Land NRW wichtige Aufgaben finanzieren, die allen Bürgern zugute kommen.

SPD und Grüne hatten die zusätzlichen Betriebsprüfer auch damit begründet, dass das Land NRW dem steigenden Durchschnittsalter der Beschäftigten in der Betriebsprüfung entgegenwirken müsse.

Mehr Personal für Umweltschutz

Nordrhein-Westfalen braucht eine schlagkräftige Umweltverwaltung, damit es wieder zu mehr Sicherheit für Menschen und Umwelt und zu einer höheren Effizienz bei Kontrollen und Genehmigungen kommt.

Dazu wurden 100 Stellen in der Umweltverwaltung geschaffen, die die Lücke schließen, die unter anderem durch die Verwaltungsreform der Vorgängerregierung gerissen wurde. Das Dortmunder Beispiel Envio, wo Menschen mit der Industriechemikalie PCB verseucht wurden, zeigt, wie wichtig effektive Kontrollen sind.

Mehr Geld für Familienzentren

Die Fördermittel für die bislang unterfinanzierten Familienzentren wurden in diesem Jahr erhöht, damit die rund 2.700 Familienzentren im Land ihren vielseitigen Aufgaben vernünftig nachgehen können.

Mit dem 1. KiBiz-Änderungsgesetz, das am 1. August 2011 in Kraft trat, erhalten Familienzentren in sozial benachteiligten Stadtteilen zukünftig 14.000 Euro statt 12.000 Euro. Alle anderen Familienzentren werden dann mit 13.000 Euro statt bisher 12.000 Euro gefördert.

Insgesamt wurden die Mittel für die Familienzentren um 3,8 Millionen Euro auf 26,8 Millionen Euro erhöht. Wir wollen vorhandene Zentren

stärken, bevor neue eingerichtet werden.

In der zweiten Stufe der KiBiz-Revision planen wir einen weiteren Ausbau der Familienzentren. Und zwar schwerpunktmäßig dort, wo wir die Eltern antreffen, die sonst nicht den Weg in eine Beratungs- oder Familienbildungsstätte finden: in sozial benachteiligten Stadtteilen.

Mehr Entlastungsstunden für Grundschulleitungen

Seit Jahren ist bekannt, dass insbesondere in den kleinen Systemen der Grundschulen die Entlastungsstunden für die Schulleiterinnen und Schulleiter nicht ausreichend sind.

Mit der Verordnung zum §93 des Schulgesetzes hat die rot-grüne Landesregierung dafür gesorgt, dass die Grundschulen ab dem kommenden Schuljahr drei Entlastungsstunden pro Woche mehr erhalten.

Ausbildungslücke in der Lehrerausbildung geschlossen

Das Kabinett beschloss, allen Referendarinnen und Referendaren zum Februar 2011 einen Ausbildungsplatz anzubieten. Das gilt vor allem auch für die im Sommer 2010 abgelehnten Bewerberinnen und Bewerber. Aufgrund des Zulassungsverfahrens kamen zahlreiche Bewerberinnen und Bewerber für den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Gymnasien und

Gesamtschulen nicht zum Zuge. Wir sind aber auf junge und gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen angewiesen. Leider hat es die schwarz-gelbe Vorgängerregierung unterlassen, genügend Ausbildungsplätze zu schaffen. Aktuell befinden sich noch knapp 400 Bewerber auf der Nachrückliste.

Sozialer Geschosswohnungsbau wird wieder zum Schwerpunkt

Die rot-grüne Koalition hat die Wohnraumförderbestimmungen geändert, damit die Kernaufgabe der sozialen Wohnraumförderung, der Bau von Sozialwohnungen, wieder im Mittelpunkt steht.

Im Wohnraumförderungsprogramm stellt das Land in diesem Jahr 800 Millionen Euro für die Wohnraumförderung bereit. Davon sind 400 Millionen Euro für den Neubau von Mietwohnungen reserviert, damit die Mieten auch auf angespannten Märkten bezahlbar bleiben. Die günstigen Zinskonditionen erlauben es, die Eigentumsförderung für Familien auf 200 Millionen Euro zurückzufahren und sich auf Haushalte mit geringem Einkommen zu konzentrieren. Eine weitere Leitlinie des Programms ist die energieeffiziente Sanierung von Gebäuden. 200 Millionen Euro stehen zur Verfügung, um ein ganz erhebliches Energieeinsparpotenzial zu heben.

100 Millionen Euro für die Kinder- und Jugendarbeit

Mit der Beratung im zuständigen Fachausschuss ist seit dem 9. Juni 2011 der Kinder- und Jugendförderplan 2011-2015 in Kraft. Jahrelang hatte die SPD-Fraktion gemeinsam mit den Verbänden und Initiativen der Kinder- und Jugendarbeit versucht, den Jahresetat aufzustocken.

Im Landeshaushalt 2011 ist es nun endlich soweit:

100 Millionen Euro stehen jährlich zur Verfügung, um in den verschiedenen Förderbereichen bewährte Ansätze fortzuführen und neue, innovative Maßnahmen gezielt auf den Weg zu bringen.

Gemeinsam mit den Partnern wurde erreicht, dass die "klassischen" Felder wie allgemeine Kinder- und Jugendarbeit, Mädchen- und Jungenarbeit sowie Jugendfreiwilligendienste gestärkt werden konnten, aber auch Aspekte der Jugendkulturarbeit und der besonders wichtige Ansatz der Prävention gesellschaftlicher und individueller Risiken auf ein solides Fundament gestellt werden.



87 neue Schulsozialarbeiter

Insgesamt 87 neue Schulsozialarbeiter kann die Stadt ab November an Köln Schulen einsetzen. Sie sollen sich vor allem um sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche kümmern. Rund zwei Drittel der Stellen sollen an Grundschulen, der Rest an weiterführenden Schulen eingerichtet werden. An den Grundschulen sollen die Träger der freien Wohlfahrtspflege mit der Durchführung beauftragt werden, an den weiterführenden Schule kommt die Stadt zum Zuge. Besonders profitieren sollen die Schulen, die bereits jetzt gemeinsamen Unterricht für behinderte und nicht-behinderte Schüler anbieten. Finanziert werden die Sozialarbeiter aus dem Bildungspaket der Bundesregierung.

Einen „Wermutstropfen“ hat das Projekt jedoch. Die Bundesförderung läuft Ende 2013 aus. Eine Fortführung der Finanzierung aus den Mitteln des Bildungspakets ist nicht gesichert. Wie die Schuldezernentin Dr. Agnes Klein im Rat bekanntgab, verhandeln Stadt und Land mit dem Bund darüber, ob die Befristung aufgehoben werden kann.

Gesetzesentwurf zur Stärkung des kommunalen Ehrenamts

Die ehrenamtliche Tätigkeit als Rats-, Kreistagsmitglied oder

Mitglied einer Bezirksvertretung oder eines Ausschusses ist nur unter Einschränkungen im persönlichen Umfeld und der beruflichen Verpflichtungen vereinbar. Grundsätzlich wird jedem Arbeitnehmer nach §44 Abs.2 GO die Möglichkeit eines Freistellungsanspruches gewährleistet. Für Arbeitnehmer mit Gleitzeit ist dieser Anspruch aber derzeit nicht geltend zu machen. Versäumte Arbeitsverpflichtungen müssen entweder im Voraus erbracht oder aber nachgeholt werden. Die Möglichkeit, flexibel auf persönliche und familiäre Umstände zu reagieren und durch Mehrarbeit ein Überstundenkonto aufzubauen, wie bei der Gleitzeit üblich, wird den Arbeitnehmern durch die derzeitige gesetzliche Regelung genommen. Dazu kommt weiterhin, dass die Mandatsträger zu wichtigen Fragen rechtzeitige und zuverlässige Informationen oft zu spät erhalten. Eine umfangreiche Einarbeitungszeit ist nicht oder selten zu gewährleisten. Den gestiegenen inhaltlichen Ansprüchen kann durch angemessene Fort- und Weiterbildung in rechtlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Fragestellungen Rechnung getragen werden. Um dies zu ermöglichen, braucht es aber dringend mehr, als die Regelungen des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes oder

die Sonderurlaubsverordnung für Beamte.

Eine Lösung zu diesem Problemfeld stellt der Gesetzesentwurf aller vier Fraktionen des Landtags dar: Ziel ist unter anderem für die Gleitzeit, die nicht zur Kernarbeitszeit gehört, einen Freistellungsanspruch für die Mandatsträger von 50% der für die Mandatswahrnehmung aufgewendeten Zeit durch Zeitgutschrift auf dem Gleitzeitkonto zu gewährleisten. Der Mandatsträger soll ebenfalls von der Arbeit freigestellt werden, wenn er auf „Veranlassung des Rates“ in Organe und Gremien von juristischen Personen und Vereinigungen entsandt wird. Ein Urlaubsanspruch von 8 Arbeitstagen und die Erstattung für den Verdienstaufschlag und Kinderbetreuung durch die Kommune sind weitere Ergänzungen dieses Gesetzes.

Jochen Ott: **„Damit wollen wir die kommunale Selbstverwaltung nachhaltig stärken, in dem wir das politische Ehrenamt attraktiver machen, um auch den persönlichen und familiären Anforderungen der Mandatsträger Rechnung zu tragen.“**

„Eiserner“ Rhein

Der eiserne Rhein zwischen Duisburg und Antwerpen hat eine zentrale Bedeutung im Rahmen des europäischen

Eisbahngüterverkehrs und ist wesentlicher Bestandteil der europäischen

Verkehrsplanung. Gerade aus diesem Grund bedarf es bei diesem vorrangigen Projekt modernisierter und leistungsfähiger Strecken. Der Eisernen Rhein trägt den natürlichen Hinterlandbeziehungen Rechnung und sichert als notwendige, ergänzende Trasse zur Betuwe-Linie und zur Montzen-Route die langfristige Versorgungssicherheit NRWs.

Bereits 2007 hatten alle Fraktionen des Landtags in einem Antrag die Landesregierung dazu aufgefordert, die vom Landtag als verkehrlich und wirtschaftlich favorisierte A 52- Variante des Eisernen Rheins weiter zu prüfen. Ziel dieses Antrags war die zügige Umsetzung des Projekts unter Prüfung von Umweltverträglichkeit und des Lärmschutzes. Vor allem aber sollte die Vordergründigkeit der Belange des nordrhein-westfälischen Landtags in den Verhandlungen mit dem Bund, den Niederlanden und Belgien sichergestellt werden. In einer letzten Sitzung das Ausschusses Bauen, Wohnen und Verkehr stellten sich, in einem Gespräch mit Vertretern des Bundesverbandes Öffentlicher Binnenhäfen und des Ingenieurbüros Vössing, die überwiegenden Vorteile der A 52- Trasse heraus. Demgegenüber befürwortet das Bundesverkehrsministerium offenbar eine Planung für die

Reaktivierung des Eisernen Rheins auf der historischen Trasse. Um der Gefahr einer willkürlichen und eigenständigen Festlegung über eine Trassenführung der Bundesregierung mit Belgien und den Niederlanden entgegenzuwirken, haben sich die vier Fraktionen des Landtags NRW in einer Sitzung des Verkehrsausschusses für eine Festlegung der Bundesregierung auf die A 52-Trasse eindeutig ausgesprochen.

Die Trasse ist aus ökologischen und ökonomischen Gründen sinnvoll. Der steigende Güterverkehr muss auf Wasser und Schienen von den „ZeebrüggeAmsterdamRotterdamAntwerpen“-Seehäfen transportiert werden. Der Ausbau der Infrastruktur bleibt notwendig.

Rhein-Ruhr-Express

Zur Bewältigung der gegenwärtigen und zukünftig wachsenden Fahrgastströme benötigt NRW dringend eine verbesserte Eisenbahninfrastruktur im Raum Rhein-Ruhr. Insbesondere für die vielen Berufspendler ist eine zuverlässige und leistungsfähige Schienenverkehrsverbindung auf der Kernachse zwischen Dortmund und Köln unverzichtbar. Schon seit Jahren verfolgen die nordrhein-westfälischen Landesregierungen das Ziel, das Mobilitätsangebot im Ballungsraum Rhein-Ruhr zu verbessern. 2005 entstand endlich

eine Rahmenvereinbarung zwischen Bund, Land und Deutscher Bahn AG, die als Grundlage für die Verwirklichung des **Rhein- Ruhr-Expresses** gilt. Die Finanzverantwortung, so wurde festgestellt, muss dabei beim Bund liegen. Nachdem im Jahr 2008 die Sicherstellung der Planungsmittel für den RRX bis zur Erlangung des Baurechts geregelt wurde, verkündete man auf einem Bahngipfel 2010 den unmittelbaren Baubeginn des RRX nach Erlangung der baurechtlichen Voraussetzungen. Durch abschnittsweise durchgeführte Planfeststellungsverfahren soll die Angebots- bzw. Qualitätsverbesserung in der Metropolregion Rhein- Ruhr zügig vorangetrieben werden. In diesem Jahr hat die Deutsche Bahn AG bereits das Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt Leverkusen- Rheindorf und Düsseldorf- Hellersheim eröffnet. Bis 2013 sollen alle Planfeststellungsverfahren eingeleitet sein.

Der Bund plant, die Finanzierung des RRX nicht weiter zu unterstützen. Im Referentenentwurf des Bundesverkehrsministeriums für den Investitionsrahmenplan ist eine Finanzierung des RRX bis 2015 **nicht** weiter vorgesehen.

Jochen Ott: „Für die **Mobilität der Menschen in NRW ist der RRX von entscheidender Bedeutung**. Der Bund muss die Finanzierung sicherstellen!“



SPD-Bürgerbüro

Porz

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Telefon 02203-951359
Telefax 02203-51044

Wahlkreisbüro MdL Jochen Ott

Marion Tillmann
Redaktion, Presse/Internet
Karl-Heinz Tillmann
eMail

buengerbuero-porz@web.de

Internet

www.buengerbuero-porz.de

Büro Jochen Ott MdL

Magnusstr. 18 b
50672 Köln

Katrin Bucher

Telefon 0221- 99 55 99 74

Telefax 0221- 99 55 99 76

eMail

Katrin.bucher@landtag.nrw.de

Landtagsbüro Jochen Ott MdL

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Stefanie Kempf

Selina Mederlet

Telefon 0211-8842323

Telefax 0211-884 3215

eMail

stefanie.kempf@landtag.nrw.de

selina.mederlet@landtag.nrw.de



„Wir halten was wir versprechen!“

Die wichtigen Vorhaben des rot-grünen Koalitionsvertrages wurden umgesetzt: „Ja, wir haben Wort gehalten und viel bewegt im Land!“

Wir investieren in die Zukunft unserer Kinder und Familien, weil wir kein Kind zurück lassen wollen. Der Schlüssel für gerechte Chancen ist und bleibt Bildung. Daher haben wir begonnen, unser Bildungssystem leistungsfähiger und vor allem gerechter zu gestalten. Unser Ziel ist die **Beste Bildung** für alle, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Das ist die beste Vorsorge für den Einzelnen und die beste Vorsorge für unser Land.

Wir haben endlich den **Schulkonsens** geschafft! Am heutigen Donnerstag, dem 20.10.2011 hat der Landtag nach dritter Lesung das neue Schulgesetz verabschiedet. Mit Einführung der neuen „**Sekundarschule**“ werden viele Aspekte unseres Gemeinschaftsschul-Modells übernommen. Damit geben wir den Kommunen die Möglichkeit, vor Ort ein leistungsfähiges, qualifiziertes und zukunftsorientiertes Schulangebot zu garantieren, das kein Kind mehr zurück lässt.

Wir haben die von der Regierung Rüttgers eingeführten **Studiengebühren abgeschafft** und den Einstieg in die **Gebührenfreiheit in den KiTas** beschlossen. Ab dem 1. August 2011 haben wir das letzte **Kindergartenjahr beitragsfrei** gestellt, ebenfalls wird die Kinderpauschale um 400 Euro erhöht. Darüber hinaus werden landesweit 1.000 zusätzliche Stellen für Jahrespraktikanten geschaffen. Wir investieren in die Lebensfähigkeit unserer Städte und Gemeinden. Wir haben die Städte und Gemeinden wieder zu Partnern des Landes auf Augenhöhe gemacht.

NRW ist **Industrie- und Energieland**. Die Industrie ist Basis für unseren Wohlstand. Wir werden mithelfen, dass sie angesichts der Herausforderungen von Globalisierung, Klimawandel und Energiewende wettbewerbsfähig und leistungsstark bleibt. Das sichert Arbeitsplätze und ist gut für unser Land und die Menschen. Bei der Energiewende muss berücksichtigt werden, dass die Kosten nicht auf die Bürger abgewälzt werden.

Wir haben ferner ein neues **Tariftreue- und Vergabegesetz** vorgelegt. Künftig werden öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben, deren Beschäftigte mindestens einen Stundenlohn von 8,62€ erhalten. Dies gilt ebenso für Nachunternehmer und Leiharbeiterverhältnisse. Weiterhin müssen Sozialverträglichkeit, Umweltschutz, Energieeffizienz, Innovation und Frauenförderung berücksichtigt werden. Der Wettbewerb darf nicht länger auf Kosten der Arbeitnehmer betrieben werden. Wir haben die **Mitbestimmungsrechte** für die rund 600 000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen verbessert.

Damit wurden wichtige Vorhaben des rot-grünen Koalitionsvertrags im Land umgesetzt. Für ein modernes, sozial gerechtes Nordrhein-Westfalen!

Ich wünsche Allen schöne Herbstferien!

**Mit besten Grüßen
herzlichst**

Jochen Ott

Auf Tour mit Jochen Ott

Veranstungskalender 2012

Datum	Uhrzeit	Veranstaltung
Freitag 16. März	16:30 - 18:30	Frühlingsempfang im Bürgerbüro Porz mit Kunstaussstellung
Freitag 20. April	21.45 –00:30	Nachtbesichtigung Logistikzentrum Flughafen Köln/Bonn
Do. 26. April	10:15 - 13:30	Landtagsfahrt nach Düsseldorf mit Besuch Plenumssitzung
Samstag,05. Mai oder 25. August	14:00 - 19:00	Familien-Picknick auf Gut Leidenhausen (wg. Umbaumaßnahmen noch variabel)
Sonntag 06. Mai	14:00 - 16:00	Ponyreiten an der Groov
Do. 21.Juni	10:15- 13:30 Uhr	Landtagsfahrt nach Düsseldorf mit Besuch Plenumssitzung
Do. 13.September	10:15- 13:30 Uhr	Landtagsfahrt nach Düsseldorf mit Besuch Plenumssitzung
Samstag 07.Juli	10:00 - 18:00	Wahlkreiswanderung von Langel bis Poll
09. 07.-21.08. Ferien	12:00 - 15:00	„Kochen mit Jochen“ , Bauspielplatz Senkelsgraben (Terminierung noch variabel)
Neuer Termin	12:00 - 18:00	Familienausflug Bundeswehrekaserne Wahn (Terminierung variabel, im Bürgerbüro fragen)
Do. 04. Oktober		Landtagsfahrt nach Düsseldorf mit Besuch Plenumssitzung (Termin im Bürgerbüro fragen)
Fr. 28. September	21:45 - 00:30	Nachtbesichtigung Logistikzentrum Flughafen Köln/Bonn
November	10:15- 13:30 Uhr	Landtagsfahrt nach Düsseldorf mit Besuch Plenumssitzung (Termin im Bürgerbüro fragen)
Freitag 05. Oktober		Herbstempfang im Bürgerbüro Porz mit Kunstaussstellung
November		Bundesweiter Vorlesetag in einer Porzer Kindertagesstätte
Montag 26. Nov.	11:00 – 14:00	„Kinder malen Weihnachten“ mit Bilderausstellung im Bürgerbüro Porz

Änderung vorbehalten. **Anmeldungen** bitte an buergerbuero-porz@web.de oder Marion Tillmann unter Telefon 02203-951359, Fax 02203-51044.



Jochen Ott MdL



Bürgerbüro Porz, Hauptstr. 327, 51143 Köln, Telefon: 02203-951359, Fax: 02203-51044

E-mail: buergerbuero-porz@web.de

Internet: www.buergerbuero-porz.de

Büroteam Wahlkreisbüros MdL Jochen Ott

Bürgerbüro Porz:



Marion und Karl-Heinz Tillmann

Hauptstr. 327, 51143 Köln, Tel. 02203-951359, Fax 02203-51044.

Öffnungszeiten: Montag – Freitag von 10 – 14 Uhr.

eMail: buergerbuero-porz@web.de

Landtagsbüro Düsseldorf:



Stefanie Kempf und Selina Mederlet

Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Tel. 0211-8842323, Fax 0211-884 3215.

eMail: stefanie.kempf@landtag.nrw.de und selina.mederlet@landtag.nrw.de

Gemeinsames Wahlkreisbüro MdLs:



Katrin Bucher

Magnusstr. 18b, 50672 Köln, Tel. 0221-99559974, Fax 0221-99559976.

Öffnungszeiten: Montag – Donnerstag 9-17, Freitag 9-13 Uhr.

eMail: katrin.bucher@landtag.nrw.de

Impressum:

Herausgeber MdL Jochen Ott; Redaktion, Konzeption, Produktion Karl-Heinz Tillmann, Jochen-Ott-Team
2011, c/o SPD-Bürgerbüro Porz, Hauptstr. 327, 51143 Köln, Ausgabe 17. Oktober 2011

www.jochen-ott.de

www.buergerbuero-porz.de

